

Der Textil-Arbeiter

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 34, Memeler Straße 39.
Fernsprecher: E 7, Wechsel 4071. — Die Zeitung erscheint
jeden Freitag — Telegrammadresse: Textilarbeiter Berlin.



Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Deutschen Textilarbeiter-Verband, Hauptvorstand,
Berlin O 34, Memeler Str. 39 (Postfach-Konto Berlin Nr. 12971), zu richten. Bezugspreis,
nur durch die Post, vierteljährlich 6 Mk. Anzeigenpreis für die achtgespaltene Vorgabzeile 2 Mk.

Nummer 28

Berlin, den 3. Juni 1932

44. Jahrgang

Unser Einkommen

Massenkaufkraft
ist das entscheidende Faktum

Die Wirtschaftskrise wirkt sich in Deutschland entscheidend in der Produktionsmittelindustrie aus. Einen gewissen Rückhalt übte die Verbrauchsgüterindustrie aus. Bei dem weiteren Verfall der Massenkauflust ist aber auch hier mit noch einem größeren Rückschlag zu rechnen. Das Institut für Konjunkturforschung gibt im Wochenbericht Nr. 7 über die Tendenzen der Absatzentwicklung folgenden Ausblick: „Fürs erste ist wohl — soweit nicht durch wirtschaftspolitische Maßnahmen ein grundsätzlicher Wandel der Grundlagen des Wirtschaftsablaufs geschaffen wird — weder eine Belebung des Inlandsabzuges, noch des Auslandsabzuges zu erwarten. Günstiger freilich könnten die Ausfichten beurteilt werden, wenn es gelänge, die schwebenden welpolitischen Fragen zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen.“ Das Konjunkturinstitut beurteilt mithin die Entwicklung sehr pessimistisch. Da der Arbeitsmarkt sich nur gering verbessert, ist mit einer großen Arbeitslosigkeit für die Zukunft zu rechnen. Die Konjunktur wird am meisten gestützt durch den Absatz von Verbrauchsgütern. Doch ist dieser Absatz reiflos abhängig von dem Arbeitseinkommen. Da dieses jedoch einen immer größeren Rückgang erfährt, wird die letzte Stütze der Konjunktur zerfallen. Ueber die Schichtung der Einkommen sind falsche Vorstellungen weit verbreitet. Deshalb ist es von Nutzen, sich über die Einkommensverhältnisse der etwa 28 Millionen Einkommensempfänger ein treffendes Bild zu machen. Wie sich die Einkommenspyramide aufbaut, ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich:

Einkommensgruppen		Zahl d. Einkommen in Tausend	
		1926	1928
bis 1 500 Mark		17 628	16 524
über 1 500 bis 3 000 Mark	..	6 271	7 173
3 000 „ 5 000 „	..	2 067	2 915
5 000 „ 8 000 „	..	678	969
8 000 „ 12 000 „	..	193	279
12 000 „ 16 000 „	..	68	93
16 000 „ 25 000 „	..	57	79
25 000 „ 50 000 „	..	33	46
50 000 „ 100 000 „	..	10	13
über 100 000 Mark		4	6

Zusammen: 27 009 28 097

Diese Zusammenstellung vermittelt ein Bild von den Einkommen in zurückliegenden Jahren. Die Aufstellung von 1926 dürfte den heutigen Verhältnissen am nächsten kommen. Seit 1928 ist ein gewaltiger Abschwung in den Einkommen erfolgt. Etwa 90 Proz. aller Einkommen entfallen auf die Einkommensgruppen unter 3000 Mk. Daraus ergibt sich, daß die unteren Einkommensgruppen die entscheidende Verbraucherschicht im deutschen Volk darstellen. Ueber deren Entwicklung gibt das Konjunkturinstitut folgende Prognose: „Das Arbeitseinkommen, die breiteste Grundlage des Verbrauchs, hält sich um nahezu 40 Proz. unter seinem konjunkturellen Maximum (1929). Die Lohn-

Mildert sich die Krise?

Zur Konjunktur der deutschen Textilindustrie

v. Al. Die Frühjahrsmonate bringen in der Regel eine Entlastung des Arbeitsmarktes, und zwar auch dann, wenn keine Konjunkturbesserung damit verbunden ist, weil die Tätigkeit mancher Gewerbe an die Jahreszeit gebunden ist. Die Gesamtziffer der Arbeitsuchenden in Deutschland ist daher von März zu April gesunken. Nicht so die Ziffer der arbeitssuchenden Textilarbeiter. Die ist in dieser Zeit noch um 9000 gestiegen und beträgt jetzt fast eine Viertelmillion.

Geht man den Ursachen dieser Erscheinung nach, so stößt man zunächst auf einige schon bekannte Tatsachen. Bei sinkendem Einkommen schränkt man immer zunächst den elastischen Bedarf ein, zu dem ja auch die Textilwaren gehören. Nach einer Feststellung des Instituts für Konjunkturforschung liegt nun das Arbeitseinkommen, diese stärkste Grundlage des Verbrauchs, um nahezu 40 Prozent unter dem konjunkturellen Höchststande im Jahre 1929.

Für den Rückgang des Beschäftigungsgrades der Textilindustrie ist in zweiter Linie die immer noch fortwährende Unsicherheit der Textilfabrikanten verantwortlich zu machen. Baumwolle, Wolle, Seide, Hanf und andere Textilfasern sind in den letzten Wochen wiederum im Preise erheblich gesunken, so daß in Fabrikation und Handel das Kalkulieren und Disponieren zweifellos erschwert ist. Geschäfte auf weite Sicht können nicht abgeschlossen werden. Dagegen können Saisoninflüsse im Augenblick bei der Konjunkturverschlechterung keine große Rolle spielen, denn März und April waren in normalen Zeiten stets Monate guter Beschäftigung.

Eine Sonderursache bilden diesmal die englischen Zölle auf Textilwaren, die in den vergangenen Monaten auf den deutsch-englischen Textilaußenhandel eine geradezu katastrophale Wirkung ausübten. Nach den soeben erschienenen neuesten Ziffern über den deutschen auswärtigen Handel hat zum Beispiel die Teppichausfuhr nach England vollkommen aufgehört. Im vorigen Jahr betrug Deutschlands Monatsexport in Teppichen nach England rund 10 000 Doppelzentner. An Wolle geweben

wurden im März und April d. J. je zehn Doppelzentner nach England geliefert. In den gleichen Monaten des Vorjahres waren es 24 000 resp. 26 000 Doppelzentner. Böllig aufgehört hat ferner unsere Englandsausfuhr von dichten Geweben für Möbel- und Zimmerausstattung, die im vorigen Jahr immerhin reichlich 150 Doppelzentner pro Monat betrug. An Seidenen und kunstseidenen Strümpfen und Handschuhen und an Samt und Plüsch geht heute nur ein Bruchteil der früheren Mengen über den Kanal. Es ist also kein Wunder, wenn die zum guten Teil auf Ausfuhr eingerichtete deutsche Textilindustrie trotz der Saison einen verschlechterten Beschäftigungsgrad bekommen hat.

Aber noch ein weiteres drückt diesmal auf die Arbeitsmarktsituation:

der Ferienraub.

Es ist eine Schande, daß viele Unternehmer die Not der Arbeiter mißbrauchen, um ihnen die wenigen Tage Ferienbezahlung, auf die sie sonst Anspruch hätten, durch Entlassung kurz vor dem Stichtag zu nehmen. Wir bedauern, feststellen zu müssen, daß diese Unsitte im Laufe der Jahre sogar noch zugenommen hat. Zweifellos sähen die Aprilzahlen der Beschäftigten günstiger aus, wäre nicht dieser Ferienraub mit im Spiele: besonders in der Wirkerei wird die Besserung des Geschäftsganges für bestimmte Artikel von den „Ferienentlassungen“ überschattet.

Die Wollindustrie ist recht uneinheitlich be-

schäftigt: die Kammgarnspinnereien arbeiten fast durchweg verkürzt, dagegen mehrten sich für die Herrenstoffweberei im April die Aufträge, so daß beispielsweise in Forst die Vermittlungstätigkeit des Arbeitsamts ziemlich rege war. In manchen anderen Orten begnügte man sich jedoch hauptsächlich damit, wieder zu voller Arbeitszeit überzugehen und sah von Einstellungen ab. Auch im Damenstoffbezirk Sachsen-Thüringen war ortsweise eine leichte Besserung zu spüren, doch erfolgten auch dort aus der sonderbaren Ferienpolitik vieler Unternehmer heraus zahlreiche Entlassungen.

Innerhalb der Baumwollindustrie sind es die Frottiertwebereien, die gegenwärtig am besten beschäftigt sind: im übrigen wurden die Arbeitszeiten im Durchschnitt etwas herabgesetzt. Sie liegen für die Spinnerei bei 39½ Stunden und für die Weberei bei etwa 41 Stunden. Die Flachspinnereien arbeiten mit voller Arbeitszeit, aber wie seit langem mit eingeschränkter Belegschaften; in den Leinenwebereien spielt dagegen die Kurzarbeit eine ziemlich große Rolle. Einzelne Meldungen einer Besserung aus der Hanf- und Juteindustrie stehen innerhalb dieser Branche als Ausnahme da.

Auf einer gewissen Höhe hielten sich die Seidenwebereien, die im Rheinland gegenwärtig recht flott beschäftigt sind, und die Kunstseidenindustrie, die in Westdeutschland gleichfalls Kräfte einstellte. Etwas belebt hat sich außerdem die Samtfabrikation, und zwar sowohl die Herstellung von Baumwoll- wie von Seidenamt. Die vorhandenen Anlagen werden aber immer noch nur zu einem Bruchteil ausgenutzt.

Alles in allem muß man leider feststellen, daß sich die Krise bisher nicht gemildert hat. Wir wollen hoffen, daß die Ende April in England wieder erfolgte Ermäßigung der Textilzölle zu einem Wiederaufleben des deutschen Textilexportgeschäftes führt. Man darf aber nicht vergessen, daß der wichtigste Absatzmarkt für die deutsche Textilindustrie Deutschland selbst ist, und da ist es von ungeheurer Wichtigkeit, daß mit dem Lohnabbau endlich Schluß gemacht wird, damit die Kaufkraft der stärksten Masse der Arbeitnehmer für Deutschlands Textilerzeugung nicht noch weiter sinkt.

Die Görners konnten nicht dafür

Das sagt der Staatsanwalt

B. J. Die Ortsgruppe Thalheim des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes hatte gegen die Firma Viktor Görner G.m.b.H. in Gornsdorf Anzeige erstattet, weil sie, ohne die Bestimmungen der Stilllegungsverordnung vom 8. November 1920 innezuhalten, zum Abbruch von Maschinen überging. Auf Grund jener Bestimmungen wäre die Firma verpflichtet gewesen, sechs Wochen vor dem Abbruchstermin den zuständigen Behörden eine Abbruchanzeige zu machen. Obwohl das alles unterblieb und obwohl auf solche Unterlassungen schwere Strafen stehen, hat der Staatsanwalt trotzdem keine Möglichkeit gesehen, die Görners zu fassen.

Der Staatsanwalt glaubt, daß jener Maschinenabbruch ein unfreiwilliger gewesen sei und daß die beschuldigten Görners nur deshalb zum vorzeitigen Abbruch veranlaßt

waren, weil die Schubert u. Salzer, also die Maschinenlieferungsfirmen, in Wahrnehmung ihres Eigentumsvorbehalts einen entsprechenden Druck ausgeübt habe.

Den Einwand, daß die Görners schon sechs Wochen vorher von der Wirkung des Eigentumsvorbehaltsrechts hätten wissen müssen, haben die Görners damit abgetan, daß man in guter Hoffnung gelebt habe, die Firma Schubert u. Salzer werde einen späteren Aufschub zur Zurückgabe der Maschinen bewilligen.

Uns scheint, daß das gelehrte Richtertum, wozu ja auch die Staatsanwälte gehören, allzu leicht geneigt ist, auf die gewundenen Ausreden rücksichtsloser Unternehmer einzugehen. Die meisten dieser juristisch gebildeten Menschen sind gegenüber Unternehmern von einer solchen Leichtgläubigkeit beherrscht, daß am Ende alle Rechtsbegriffe darunter leiden. Schon hat sich deshalb unter der breiten Masse der Arbeiterschaft die Ansicht herausgebildet, daß bei unserer heutigen Justiz die Unternehmer „immer recht“ haben.

Die Schande des Ferienraubes

Auszüge aus Berichten unserer Konjunkturberichterstatte für März-April

Aue i. Sa. (März-Bericht). Die Firma ... arbeitet wieder verkürzt und hat erneut Stilllegungsantrag gestellt. Wir vermuten, daß diese Stilllegungsanträge nur den Zweck hat, noch vor dem Stichtag zur Erlangung der Ferien eine Anzahl Leute zu entlassen.

Burgstädt-Cimbach (April-Bericht). In der zweiten Aprilhälfte wurden starke Entlassungen vorgenommen. Bei einem Teil will es allerdings scheinen, als wenn die Entlassungen nur wegen des Ferienstichtages erfolgt sind.

Barthardsdorf (April-Bericht). Ein Betrieb wurde stillgelegt ... der Ferienstichtag ist der entscheidende Grund zur Stilllegung. Auch in verschiedenen anderen Betrieben konnte festgestellt werden, daß Entlassungen vorgenommen wurden, um den Ferienanspruch zu unterbinden.

Eibenloß (März-Bericht). Bei der Firma ... ist wegen Auftragsmangels erneute Betriebsstilllegung beantragt worden. Die Kündigungen sind ausgesprochen und ein Teil ist schon entlassen. Ob die Betriebsstilllegung ein Mittel zur Umgehung der Urlaubsfrage bedeutet, ist nicht festzustellen gewesen, aber im allgemeinen ist die Belegschaft der Überzeugung, daß es nicht anders ist, weil der Arbeitgeberverband für Westfalen verlautet, die Ferien zu befechtigen.

Gera (April-Bericht). Fast sämtliche Webereibetriebe haben Stilllegungsanträge erstattet und haben es so eingerichtet, daß vor dem Ferienstichtag am 25. April die Sperrfrist abgelaufen ist, damit noch vor den Ferien recht viele Leute entlassen werden können.

Leubsdorf (April-Bericht). Die Firma ... hat Anfang d. M. angeblich wegen Auftragsmangels den Betrieb geschlossen. Wir befürchten aber, daß man die Ferien befechtigen und gleichzeitig einen Schnabbau vornehmen will.

Mölan - Neuhofen (März-Bericht). (Nach einer Mitteilung über zahlreiche Entlassungen im Bezirk.) Es ist ganz selbstverständlich, daß die Monate März und April immer eine größere Anzahl von Entlassungen bringen, da Ende April die Stichtage für die Ferien sind. Wenn die Webfabriken zu dieser Zeit nicht außerordentlich viel Aufträge haben, werden die Arbeiter nach Möglichkeit entlassen, um das Feriengeld zu sparen. Das ist nunmehr schon zur Gewohnheit geworden.

Mölan - Neuhofen (April-Bericht). Die Firma ... hat eine Schicht aufgelöst und etwa 35 Arbeiter entlassen. Hier zeigt sich ganz deutlich, wie der schlechte Geschäftsgang ausgeglichen wurde, um Feriengeld zu sparen.

Oelsch (März-Bericht). (Nach einer Mitteilung über zahlreiche Entlassungen im Bezirk.) ... Es hat den Anschein, als wollten sich die Firmen nur um die Ferien drücken.

Rohwein (März-Bericht) über die Möbelwerkerei. Bei einem Teil der Entlassungen besteht allerdings der Verdacht, daß es sich um tariffeindliche Maßnahmen handelt, weil der 30. April der Stichtag für den Ferienanspruch ist.

Rohwein (März-Bericht) über die Strickerie. ... Dabei sind wieder eine größere Anzahl Leute entlassen. Es wird sich bei den Entlassungen zum Teil auch um Einparung des Feriengeldes handeln.

Sommerfeld (April-Bericht). Fast in allen Betrieben sind Leute entlassen, absichtlich, um die Ferien nicht zahlen zu brauchen. Ein gutes Beispiel: Die Firma ... beschloß fünf Frauen. Sie bekamen am 22. April gekündigt und erhielten am 29. April ihre Entlassung mit dem Hinweis, daß sie am 2. Mai wieder anfangen können. Auf der Entlassung aber stand: „Wegen Arbeitsmangel entlassen“. Die fünf Frauen haben am 2. Mai wieder anfangen und werden keine Ferien bezahlt erhalten, weil der 1. Mai als Stichtag gelten soll.

Thalheim (März-Bericht). Im Monat März lagen wieder viele Stilllegungsanträge vor. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um Stilllegungen und um Kampfmaßnahmen gegen die Arbeiterkraft, um mit Hilfe von Stilllegungsanträgen Lohn- und Arbeitsbedingungen verschlechtern zu können. Auch die Ferienfrage spielt dabei eine ausschlaggebende Rolle.

Thalheim (April-Bericht). Diese geradezu ins Auge springende Verschlechterung

ist lediglich dem Umstand zuzuführen, daß das Unternehmertum glaubte, sich der diesjährigen Ferien entledigen zu können. Während im Reichsmasse nach der Statistik des Arbeitsamtes Thalheim die Arbeitslosenziffer um 6 Proz. gesunken und im Höchstfalle bis 40 Proz. gestiegen ist, ist die Arbeitslosenziffer im Arbeitsamtsbezirk Thalheim und Umgegend im Monat März um 140 Proz. gestiegen. Wir hoffen, daß ab Mai der Beschäftigungsgrad mit Rücksicht auf die erledigte Ferienfrage wieder steigt.

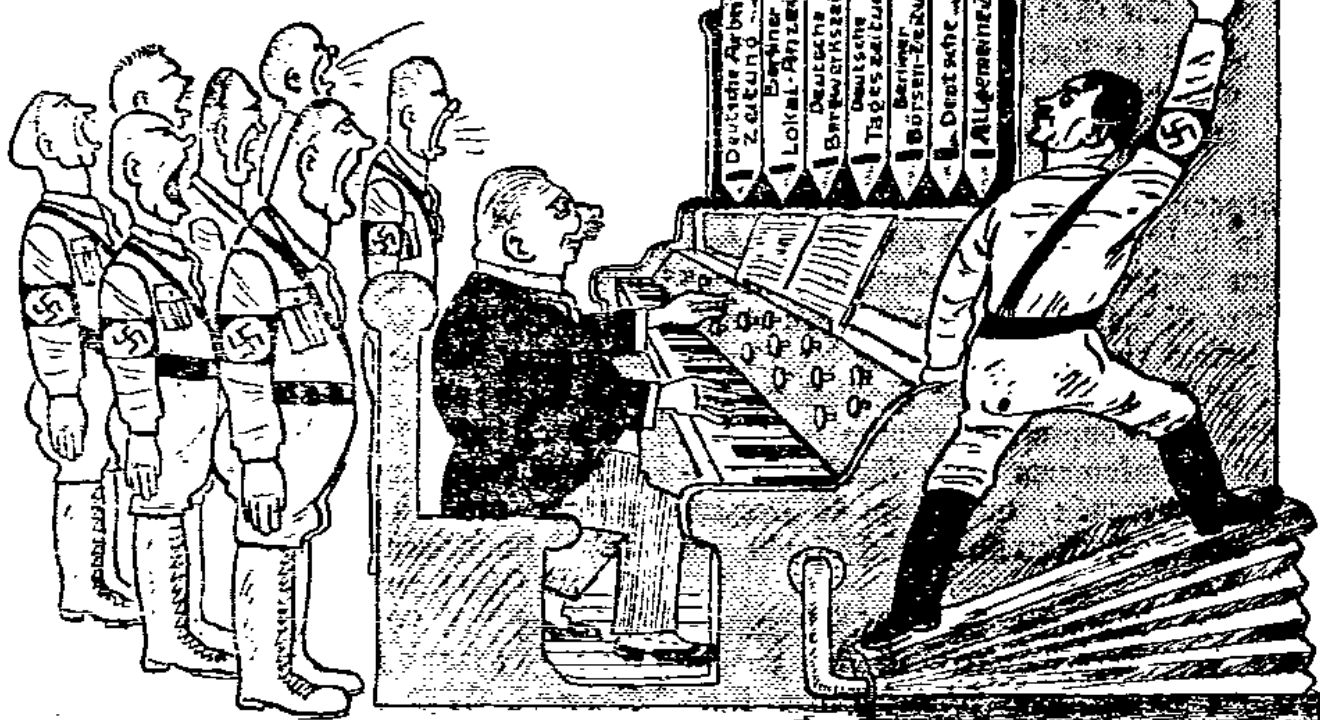
Wittgensdorf (März-Bericht). ... Dem steht gegenüber, daß in einem anderen Betriebe sechs Zuschneider von zehn zur Entlassung kamen. Infolge des bevorstehenden Stichtages

für die Ferien und des tariflich noch ungeklärten Zustandes in der Ferienfrage wird die Unsicherheit und die Neigung, Leute zu entlassen, vermutlich auch im kommenden Monat weiterbestehen.

Vierßen (April-Bericht). Die Firma ... hat am 27. April noch sechs Beschäftigte entlassen (am 1. Mai ist Stichtag für Ferienanspruch), aber am 3. Mai war es schon bekannt, daß für den 8. Mai eine Anzahl Weber für Arbeitsaufnahme (Neueinstellungen) bestellt seien.

Soweit unsere Berichterstatte. Mancher andere unter ihnen hätte gleichfalls Ursache gehabt, die Ferienfrage zu streifen. Wir wollen nicht behaupten, daß in allen vorstehend angeführten Fällen die Absicht des Ferienraubes die Ursache der Entlassung gewesen ist. Aber schon die Tatsache, daß in allen diesen Fällen die Betroffenen ihren fast erfüllten Ferienanspruch tatsächlich verloren haben, macht Vorkehrungen nötig, die Derartiges für die Zukunft unmöglich machen.

Spiel auf der Geldsack-Orgel



Stimmt an mit hellem, hohem Klang,
Stimmt an das Lied der Lieder,
Wir uns bezahlt, dem dienen wir,
Man kennt uns am Gefieder.

Dem Geldsack dienen wir voll lust,
Ihm sei ein Gruß entboten;
Drum hebt das Unternehmertum
Ja auch uns Nazioten!

Politische Wochenschau

Unser Herr Reichskanzler

Es hat sich in Deutschland eine gewisse Literatur entwickelt, die in Brüning einen hervorragenden Staatsmann sehen will, der mit eiserner Zähigkeit seine politischen Pläne verfolgt. Wir haben uns für ihn niemals begeistern können. Betrachtet man ganz objektiv seine bisherige Arbeit, so wird man zugeben müssen, daß er ein erfolgreicher Interessenvertreter der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes ist. Arbeiter und Angestellte haben von Brüning nichts anderes zu erwarten als Lasten und immer wieder Lasten, die er ihnen, einige patriotische Worte murrend, auf die Schultern packt. Es muß Klarheit geschaffen werden, ob diese verderbliche Politik weitergeführt werden soll. Wenn ja, wird die Arbeiterkraft ihr mit schärfsten Mitteln entgegenzutreten! Wer der Arbeiterkraft feindlich begegnet, muß von ihr entsprechend behandelt werden.

Zusammentritt des Landtages

Sonntags ist der Preussische Landtag zusammengetreten. Wie schon erwartet, wurde der Nationalsozialist Kerrl zum Landtagspräsidenten mit Hilfe des Zentrums gewählt. Die Sozialdemokraten und Kommunisten stimmten gegen ihn. Eine kurze Zeit betrug sich dann die Nazi-Fraktion manifest. Doch als die Kommunisten ihnen zuiefen, daß Wähler in ihren Reihen saßen, spielten sie die Beleidigten. Nach einigen erregten Zwischenrufen war, um mit der Schwerindustrie. Deutschen Allgemeinen Zeitung zu sprechen, eine schauerliche Prügelei im Gange, in deren Verlauf fast sämtliche Einrichtungsgegenstände des Plenarsaales des Preußenparlamentes zertrümmert wurden. Eine Anzahl Abgeordnete wurden zum Teil schwer verletzt. Die NSDAP prügeln die Kommunisten zum Saal hinaus und sangen dann das Horst-Wessel-Lied. Den Schaden, der verursacht wurde, trägt der brave Steuerzahler. Leider

werden nicht nur diejenigen daran beteiligt, die Nazis und Kozis ins Parlament schickten, sondern auch die anderen, die diesem Gekindeln ablehnend gegenüberstehen. Man kann sagen, daß es diesen ausgesprochenen Aufholden von rechts und links nur darauf ankommt, ihre Meinungsverschiedenheiten mit den Säulen auszutragen. Von sachlicher Arbeit wird kaum noch die Rede sein können. Nachdem vor kurzem der Reichstag durch eine Prügelei aufgelöst, ist daselbst jetzt mit dem Preussischen Landtag geschehen. Bedauerlicherweise wurde dabei der völlig unbeteiligte sozialdemokratische Abgeordnete Sürgeßen schwer verletzt.

Unruhen im Reich

In verschiedenen Teilen des Reiches ist es zu Unruhen gekommen, so in Waltershausen (Thür.), Hamburg, Düsseldorf, Dortmund und Wuppertal. Auch in Berlin fanden Ausschreitungen statt. Die ungeheure Not wird immer wieder von unbefonnenen und unverantwortlichen Elementen benutzt, Unruhen zu erzeugen. Kein Wort soll verloren werden über die schwere Lage, in der sich besonders die Erwerbslosen befinden. Einzelausschreitungen sind aber nicht der richtige Weg, der aus diesem Elend befreit. Nur die Selbstbefinnung auf die geschlossene Masse der Arbeiterbewegung kann aus diesem Elend führen.

Helft den Gemeinden

Am 26. Mai fand in Berlin eine Reichskonferenz sozialdemokratischer Kommunalpolitiker statt, die nach einem Referat des Berliner Stadtkammerers Wsch in einer Entschließung feststellte, daß die in der geplanten Räteregierung vorgesehenen Maßnahmen nicht die gewünschte Lösung bringen. Die Finanzlage der Gemeinden ist so unhaltbar geworden, daß es nur noch einen betrieblichen Ausweg gibt: die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund seit langem geforderte Verschmelzung von Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge unter voller Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung. Es muß bei dieser Verschmelzung

in erster Linie darauf geachtet werden, daß die Unterstützungslage ein menschenwürdiges Dasein der Unterstützungsempfänger gewährleisten. Gegen die in letzter Zeit durchgeführte und in manchen Bundesländern vorgenommene Senkung der Fürsorge-lage wurde schärfstens protestiert.

Abrüstungskonferenz der Arbeiter

Am 23. Mai wurde in Zürich die gemeinsame Abrüstungskonferenz der sozialistischen Arbeiterinternationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes beendet. Die Konferenz fordert das Verbot der Offensivwaffen, Beschränkung der Rüstungsausgaben, Herabsetzung der anderen Rüstungsarten und internationale Kontrolle sowie die Internationalisierung der zivilen Luftschifffahrt. Folgende Ausführungen der 4. Entschließung sind von höchster Bedeutung:

„Wenn die Herrscher der kapitalistischen Welt sich als unfähig erweisen, die politischen Voraussetzungen zu schaffen, unter denen die gegenwärtige Krise überwunden, die Katastrophe, die die Welt bedroht, abgewendet werden kann, wird das Proletariat selbst allein die Aufgabe übernehmen müssen, diese Voraussetzungen zu schaffen. Die Konferenz lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse der ganzen Welt auf den Ernst der gegenwärtigen Lage und fordert sie auf, sich zum Kampf bereitzustellen.“

Wer wird in Frankreich regieren?

In der sozialistischen Partei Frankreichs dreht sich jetzt die Diskussion um die Frage, ob man mit den sogenannten Radikalen, der bürgerlichen Linken, eine Koalitionsregierung bilden könne. Es ist eine starke Strömung für eine Nichtbeteiligung vorhanden; die Schatzen schrecken, die Erfahrungen in anderen Ländern sind nicht gerade sehr ermutigend. Die Schwierigkeiten, in denen sich die kapitalistische Welt befindet, könnten erst dann behoben werden, wenn die Vertreter der Arbeiterklasse in den verschiedenen Ländern frei und ungehemmt die Grundzüge ihres Programms durchführen könnten. Der Führer der bürgerlichen Linken in Frankreich, Herrriot, hat sich in sehr vorsichtigen Worten über die Außenpolitik geäußert. Aus seinen Ausführungen spricht der typische Kleinbürger, der sich scheut, die nötigen Konsequenzen zu ziehen, obwohl die Lage nach einer klaren Entscheidung drängt.

Zehn gegen einen

Eine ernsthafte Lehre

Der „Vorwärts“ bringt in seiner Nummer vom 27. Mai (Morgenausgabe) einen Artikel, der an die Adresse der Kommunisten gerichtet ist. Wir geben ihn wegen seiner Bedeutung, die er im Hinblick auf eine Diskussion über das Thema Einheitsfront im Lande haben kann, ungekürzt wieder.

Nach den beschämenden Prügeleien im Sitzungssaal des Landtages ein kommunistischer Abgeordneter erschien, aus dessen Verband Blut über das Gesicht tropfte, rief er den noch anwesenden singenden Nationalsozialisten zu: „Zehn für einen, ihr Hunde, das sollt ihr noch bezahlen!“

Zehn für einen — ja, steht es nur im Sitzungssaal des Landtages so oder werden die Kommunisten sich jetzt überlegen, daß sie auch draußen im Lande bei ihren Kämpfen mit den Nationalsozialisten mindestens vier gegen einen haben und wie es so weit kommen konnte?

Weil sie selber lange genug geschrien haben, Braun und Severing, das ist ebenso schlimm, wie Hitler und Strömer! Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, das ist kein wesentlicher Unterschied! „Auf, gegen die Sozialdemokraten“, mit dieser Parole haben sie es endlich erreicht, daß jetzt im Landtagsitzungssaal und draußen im Lande vier gegen einen bei der Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten stehen.

Die Front der Arbeiter mußte zerrissen, der proletarische Klassenhaß als Verräter angeprangert, der Zweifel an dem gemeinsamen Kampf der Arbeiter geschürt und so der Heerbann der Reaktion ständig vergrößert werden, bis jetzt die Brügel der Heeremacht das Resultat der Zersplitterungsarbeit sind!

Wie haben sie uns gehöhnt, als wir die Mehrheit des Volkes als das allein tragbare Fundament staatlicher und wirtschaft-

Autarkie!

Ein Beitrag aus der Sprit- und Zuckerpraxis

vt. Die Parole der Nationalisten von der Autarkie treibt nette Blüten. Starke Kräfte sind am Werke, die unter dem Vorwand der Verteidigung „nationaler“ Interessen die für sie unangenehme Einfuhr ausländischer Produkte zu hintertreiben suchen. Was dabei herauskommt, ist nichts anderes als eine unheilvolle Verteuerung der so „geschützten“ Inlandwaren. Was geschieht nicht alles zum Schutze der Landwirtschaft! Man hat da z. B. durch Gesetz einen Beimischungszwang von Spiritus zum Motortreibstoff geschaffen, um erstens den deutschen Branntweinbrennereien (d. h. 2000 ostelbischen Mittergutsbesitzern) einen größeren Absatz zu schaffen und zweitens eine Verringerung der großen Bestände der Branntweinmonopolverwaltung zu erzielen.

Ist es doch geradezu unverständlich, daß in einer Zeit, in der Millionen von Erwerbslosen hungern, den Brennerelgütern ein Brennrecht von 70 Proz. zugestanden wurde, Ende März 1931 sogar in Höhe von 80 Proz., wo aber, entsprechend den hohen Branntweinbeständen, etwa die Hälfte gerechtfertigt gewesen wäre. Bei wachsenden Vorräten bzw. sinkendem Absatz wurde also die

Branntweinerzeugung noch ganz erheblich gesteigert.

Stiegen doch die unverkauften Vorräte des Branntweinmonopols von 1,58 Millionen Hektoliter am Anfang auf fast 2 Millionen Hektoliter am Ende des Geschäftsjahres 1930/31. Die Mittergutsbesitzer sind wohl ihre Kartoffeln und ihren Spiritus los, das Reich aber sieht mit seinen Beständen von 2 Millionen Hektoliter Spiritus fest. Auch der Beimischungszwang von Spiritus zum Motortreibstoff hat nichts ändern können. Der Absatz ist wohl etwas gestiegen, blieb aber auch hier mit über 100 000 Hektoliter hinter der Schätzung wegen der Verringerung des Kraftwagenverkehrs zurück.

Einzig richtig wäre der Vorschlag des „Vorwärts“ vom Herbst v. J. gewesen: nämlich das Brennrecht für das laufende Geschäftsjahr aufzuheben, um das Monopol von seinen riesigen Vorräten zu entlasten. Wäre man diesem Vorschlag gefolgt, so hätten nicht einmal die Brennerelgüter einen Verlust erlitten; denn die Ueberflüsse des Monopols hätten genügt, um den Brennerelgütern die für die Branntweinherstellung bestimmten Kartoffeln abzukaufen und sie sogar noch

kostenlos an die Erwerbslosen zu verteilen.

Was tut man aber? Zum Schaben der Allgemeinheit, aber zugunsten der Landwirtschaft versucht man durch Zwang den Spritverbrauch mit aller Gewalt zu erhöhen. Das ganze ist nicht nur ein wirtschaftlicher Unsinn, sondern für den Staat obendrein ein sehr teurer Spaß. Man will nämlich durch die Abdrückung der Einfuhr ausländischen Benzins 8 Mk. pro Hektoliter ersparen. Um diese Ersparnis aber zu er-

höhen Uniformungen erklärten. Nur die Gewalt sollte es sein, die auch nach ihrer Ansicht die Entscheidungen im politischen Leben bestimmt! Nicht die Mehrheit, sondern eine aktive Minorität in der heit laut ihre Parole, und die Antwort darauf ist es, die ihnen jetzt aus dem Sitzungssaal des Landtages entgegenschlägt.

Wie bei dem Ueberfall auf den Journalisten Klub im Speisesaal des Reichstages vier oder fünf gegen einen — das zeigt die Tapferkeit der nationalsozialistischen Prügelhelden, aber es zeigt auch die politische Situation, in welche die Zerspaltungsarbeit der Kommunisten und die deutsche Arbeiter-Masse gedrängt hat. Wie hätte die Reaktion in solcher Weise gegen die zahlenmäßige Uebermacht der Arbeiter- und Angestelltenfreie ihr Haupt erheben können, wenn nicht die Zerspaltungs- und Zerstümmertätigkeit der Kommunisten den Widerstand geschwächt und die Kräfte vermindert hätte! Vielleicht zeigt nun dieser Zwischenfall, bei dem die Kommunisten die Opfer der Prügelhelden wurden, daß doch ein Unterschied ist, ob ihnen die Sozialdemokraten oder die Nationalsozialisten gegenüberstehen, zeigt ihnen, gegen wen zu kämpfen ihre Aufgabe ist und öffnet ihnen endlich die Augen für die Notwendigkeit der Verteidigung des demokratischen Rechtsbodens gegenüber aller Gewalt!

möglichen, müssen, wie von amtlicher Seite erklärt wird, 50 bis 55 Mk. für Spiritus ausgegeben werden. Was tut's? Die Hauptsache ist, daß kein ausländisches Benzin herkommt und die deutsche Landwirtschaft ihren Fusel los wird. Für jedes Hektoliter Benzin, das nicht nach Deutschland eingeführt wird, muß der deutsche Steuerzahler nach „vorsichtiger“ amtlicher Berechnung rund 50 Mk. herappen. Dabei errechnen Fachkreise einen noch viel höheren Betrag: nämlich 80 Mk. Man sieht, daß das hysterische Geschrei nach Autarkie sehr teuer bezahlt werden muß.

Auch die deutsche Zuckerindustrie ist erneut für das Jahr 1932

mit einem hohen Zuckersoll

geschützt worden. Wir haben immer verlangt, daß die Zuckerpresse herabgesetzt werden müssen, damit der Zuckersoll steigt. So aber wird die Zuckerindustrie durch hohen Zoll derart geschützt, daß sie mit ihren Preisen um das Mehrfache über dem Weltmarktpreis liegt. Auf dem Weltmarkt kostet der Zentner Zucker 5 Mk., bei uns in Deutschland 20,50 Mk. Das erschwert natürlich den Absatz des Zuckers, die Rübenbauer werden ihr Rohmaterial nicht los. Während die geschützte Zuckerindustrie schmerzhaft unter ihren hohen Zuckersollern leidet, verdienen unterdessen ihre Generaldirektoren Sympathieerklärungen für die Halbkreisler!

Was ist also Autarkie? Die Verquickung von Geschäft und Politik, verbrämt mit nationalen Phrasen!

Was ist richtig?

Leben um zu arbeiten, oder arbeiten um zu leben?

Es ist ein ewiger Grundsatz der Volkswirtschaft, daß Güterverbrauch und nicht die Gütererzeugung dem wirtschaftlichen Handeln Sinn und Zweck gibt. Dieser Grundsatz wird von Unternehmern in das Gegenteil umgekehrt angewandt. Die Gewerkschaften richten demgegenüber ihre ganze Tätigkeit darauf ein, diesem ehernen Grundsatz der Volkswirtschaft Geltung zu verschaffen. Der Mensch soll nicht leben um zu arbeiten, sondern arbeiten um zu leben. Den Gewerkschaftsmitgliedern sind vielfach die Erfolge nicht so zum Bewußtsein gekommen, die ihre

Organisationen in allen Ländern erreicht haben. In der Bergwerks-Zeitung Nr. 105 gibt jemand seiner Freude darüber Ausdruck, daß der „Gewerkschaftssozialismus“ in Australien nun am Ende sei. Die Errungenschaften der dortigen Arbeiterschaft müssen von dem Artikelschreiber dennoch anerkannt werden:

„In Verfolg dieser Gewerkschaftspolitik gelang es allerdings, für die städtische Arbeiterschaft Vorteile und Zugeständnisse herauszuholen, die Australien in der übrigen Welt die Bezeichnung eines „Arbeiterparadieses“ einbrachten. Die Fünf-Tage-Woche war lange vor dem allerdings bald wieder liquidierten russischen Experiment eine Selbstverständlichkeit in Australien. Gearbeitet wurde normalerweise 44 Stunden wöchentlich. Der Samstag war frei. Hier war also das englische Weekend in seiner vollkommensten Form erreicht. Für ungläubere oder besonders anstrengende Arbeiten bestand sogar die 36-Stunden-Woche. Jeder Arbeiter erhielt im Alter eine Staatsrente. Auch steuerlich wurde die Stadtbevölkerung ungewöhnlich bevorzugt. So blieben z. B. Einkommen bis 6000 Mk. unbesteuerbar. Dazu kam ein ungewöhnlich hoher Lebensstandard. Ein großer Teil der Arbeiter wohnte in schmunen und komfortablen Eigenheimen. Der Besitz eines Autos war etwas durchaus Normales. Alle Unannehmlichkeiten der modernen Zivilisation standen zu einem erheblichen Teil dem australischen Arbeiter zur Verfügung. Australien war der große Renommierort der reformistischen, staatskapitalistischen Gewerkschaften und der zweiten Internationale.“

Die Gewerkschaften in Australien hatten also jenem von uns erwähnten Grundsatz wirtschaftlichen Handelns weitgehend Geltung verschafft. Mit häßlicher Freude triumphiert die Reaktion aller Länder darüber, daß die Weltwirtschaftskrise die jahrzehntelangen Erfolge emsiger Organisationsarbeit zu vernichten droht. Es muß heiligster Grundsatz jedes Gewerkschaftsmitgliedes sein, in allen Ländern wieder das zur Durchführung zu bringen, was in Australien zur Tatsache geworden war. Um einen hohen Lebensstandard zu erreichen und ihn dauernd festzuhalten, sind nicht nur starke Organisationen, sondern der Aufwand aller Kraft notwendig. Die nächsten Jahre werden erweisen, ob die Arbeiter, Angestellten und Beamten die Bedeutung der Zeitenwende begriffen haben. Nur die Abschaffung des mörderischen Kapitalismus wird Ordnung in das Wirtschaftsgefüge bringen.

über „Ersparnismöglichkeiten“, welche die Regierung noch benutzen kann:

... es kommt ferner darauf an, auf der Ausgaben Seite nach Ersparnissen durchzuführen. Der ausgeblähte Verwaltungsapparat der Länder und Gemeinden ist beispielsweise noch in keiner Weise den Notwendigkeiten der Zeit angepaßt worden. Die Wohnungsbehörden und ein Uebermaß von Wohlfahrtsbehörden werden nach wie vor am Leben erhalten. Die Ausgaben der Fürsorge- und Wohlfahrtsstellen sind außerhalb der Erwerbslosenstellen überhaupt noch nicht nennenswert vermindert worden. Jeder Fürsorgezögling kostet beispielsweise pro Kopf wesentlich mehr als ordentliche Eltern für ihre ordentlichen Kinder irgendwie aufzuwenden vermögen. Ähnlich ist es um die Kosten bestellt, die ein „moderner“ Straßengefänger verursacht.“

Dann bringen wir etwas sehr Pitantes, das wir unseren Nazis widmen wollen. In der Sonnabendnummer der „Vossischen Zeitung“ vom 21. Mai schreibt der ehemalige italienische Außenminister Carl Graf Sforza in einem Artikel „Parallelen“ folgendes:

„Für diejenigen Deutschen, die den italienischen Faschismus und das Hitler-Programm bewundern, wird die Kenntnis als lehrreich sein, daß die Wiedergabe des ersten faschistischen Programms (dem das Hitler-Programm so sehr gleicht) heute in Italien streng verboten ist. Die öffentlichen Bibliotheken verteilen nicht einmal die Sammelbände der Mussolinischen Zeitung jener Epoche, aus Furcht, selbst Leser mit weniger feilschem Geist möchten etwas bemerken und sich vielleicht wundern...“

Die Industrie „führer“ schwätzen schon wieder

Von Zeit zu Zeit schickt der Reichsverband der deutschen Industrie an die Regierung eine Eingabe, in welcher er seine nicht allzu bescheidenen Wünsche darlegt. Das ist auch jetzt wieder geschehen. Die neue Eingabe enthält, wie so oft, ein „Bekenntnis zur freien Wirtschaft“, d. h. die Forderung, Arbeiter und Angestellte uneingeschränkt ausbeuten zu können, Abbauder Soziallasten, d. h. Verminderung der Arbeitslosen- und Krisenfürsorge usw., Aufhebung des Arbeitsrechts und was sonst noch dazu gehört, was den Arbeiter vor der Willkür seines Ausbeuters schützt.

Möchten sich diese Schwächer doch lieber den Kopf zerbrechen, wie man aus der Krise, zu deren ungeheuren Verschärfung sie wie kein anderer beigetragen haben, herauskommt, so würden sie damit eine nützliche Arbeit leisten. Diese Eingabe ist nicht rein zufällig jetzt herausgebracht worden. Die Regierung ist eben dabei, eine neue Notverordnung auszuarbeiten. Dabei will ihr das Unternehmertum einen deutschen Wink geben. Wie lange wird sich die Arbeiterschaft ein solches Treiben noch gefallen lassen?

Aus anderen Gewerkschaften

Ueber eine Million Mark ausgetagt.

Ergebnisse der Rechtschuldtätigkeit des Deutschen Landarbeitersverbandes im Jahre 1931.

Der Deutsche Landarbeitersverband berichtet in Nummer 20 seines Verbandsorgans über die Rechtschuldtätigkeit, die im Jahre 1931 von seinen Gau- und Kreisleitern sowie von der Rechtschuldtätigkeit beim Verbandsvorstand geleistet wurde.

Danach ergab sich im Jahre 1931 für die genannten Verbandsinstanzen die Notwendigkeit, nicht weniger als 13 921 Klagen bei den Arbeitsgerichten und sonstigen Schiedsgerichten anhängig zu machen. Es ist das die höchste Klagenziffer, die jemals erreicht wurde. 1930 wurden 12 708, 1929: 10 450, 1928: 9430, 1927: 7967, 1926: 6333 Klagen gezählt. Das größte Kontingent der Klagen stellen auch im Jahre 1931 Ostpreußen, Pommern und Schlesien (etwa 8000), also jene Gebiete Deutschlands, in denen der Großgrundbesitz dominiert. Es ist das um so bemerkenswerter, als er am stärksten nach Reichshilfe schreit und nachweislich an den seitens des Reiches eingeleiteten und durchgeführten landwirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen am stärksten profitiert hat.

Erfolgreich für die Arbeiter waren von den 13 921 Klagen, die im Jahre 1931 angestrengt und durchgeführt werden konnten, rund 12 000. Es sind das weit über 20 Proz. Negativ liefen 1800 Klagen aus. In dem Bericht wird der Umstand als Hauptursache dieser Erscheinung bezeichnet, daß die Verbandsangestellten von den betreffenden Land- und Forstarbeitern falsch unterrichtet wurden bzw. es sich um Fälle handelte, bei denen kaum noch etwas zu retten war. Die Zahl der an den durchgeführten Klagen beteiligten gewesenen Personen beziffert sich auf 31 428.

Besondere Beachtung verdient das materielle Ergebnis der vom Deutschen Landarbeitersverband im Jahre 1931 geleisteten Rechtschuldtätigkeit. Es gelang, die anfechtliche Summe von über eine Million Mark, genau 1 021 334 Mark, auszufragen. Es sind das rund 226 000 Mark mehr als im Jahre 1930, rund 230 000 Mark mehr als im Jahre 1929, rund 262 000 Mark mehr als im Jahre 1928, rund 379 000 Mark mehr als im Jahre 1927 und rund 568 000 Mark mehr als im Jahre 1926.

Die Zahlen sind ein weiterer deutlicher Beweis dafür, daß sich der Haß des land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberums gegen die Arbeiterrechte unaufhörlich vergrößert. Daneben sind die Zahlen eine glänzende Widerlegung der dummen und törichtsten Behauptung, die Gewerkschaften seien eine überflüssige, den Arbeitern eher Schaden denn Nutzen einbringende Einrichtung. Es zeigt sich, daß das gerade Gegenteil der Fall ist.



Unsere Beiratssitzung

Stellung zur Lohn- und Sozialpolitik

Der Beirat unseres Verbandes hielt am 21. und 22. Mai in Berlin seine ordentliche Tagung ab. Unser Ehrenvorsitzender Kollege Hübsch ließ es sich trotz seiner 72 Jahre nicht nehmen, der Sitzung beizuwohnen. Auf der Tagesordnung standen zunächst Verwaltungssachen, sodann ein Referat des Kollegen Spliedt vom MDGB über die Stellung der Regierung zur Lohn- und Sozialpolitik.

Der Verbandsklassierer Kollege Schönlén gab einen Bericht über den Stand der Invalidenunterstützung des Verbandes. Die Auszahlung der Unterstützung hat im Januar d. J. begonnen. Es haben sich im ganzen rund 8000 Rentenfälle ergeben,

und die Unterstützungssätze liegen zwischen 5 und 36 Mfr. je Monat.

Dabei nehmen frühere Verbandsangestellte am Bezuge der Rente nicht teil.

Der Beirat erhob den Vorschlag des Hauptvorstandes zum Beschluß, die bisher gezahlten Unterstützungssätze in der gleichen Höhe beizubehalten.

Für die Gebiete der Erwerbslosenunterstützung, der Streik-, Umzugs- und Sterbeunterstützung hatte der Hauptvorstand dem Beirat Vorlagen unterbreitet, die zum Zweck hatten, die Ausgaben für diese Einrichtungen mit denen infolge der Dauerfrist gesunkenen Einnahmen aus Beiträgen in Einklang zu bringen. Der Beirat konnte sich den begründenden Darlegungen des Vorstandes nicht verschließen und nahm die Vorlagen fast einstimmig an, so daß ab 1. Juli d. J. die Sätze für einen Teil der Erwerbslosenunterstützung sowie für die Streik-, Umzugs- und Sterbeunterstützung so geregelt sind, daß nach menschlichem Ermessen diese schwere Krise überwunden werden kann und die Schlagkraft des Verbandes im Interesse der Mitglieder erhalten bleibt.

Zu dem Thema „Die Stellung der Regierung zur Lohn- und Sozialpolitik“ führte Kollege Spliedt vom MDGB aus: Die Stellung der Reichsregierung zur Frage der Lohn- und Sozialpolitik ist im Grunde genommen ihre Stellung zur Wirtschaftspolitik. Die Regierung hat sich die Meinung der Industrieführer zu eigen gemacht, daß die Gesteuerkosten gesenkt werden müssen, wenn Deutschland auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben wolle. In den angeblich zu hohen Löhnen und sozialen Leistungen — diese beiden Posten werden mit dem Wort Gesteuerkosten in erster Linie gemeint — liege nach Ansicht der Regierung die Hauptursache der deutschen Wirtschaftskrise. Da die Regierung aus finanziellen Gründen gezwungen war, die Beamtengehälter zu senken, hat sie zudem aus Billigkeitsgründen geglaubt, den Lohn- und Gehaltsabbau zum allgemeinen Wirtschaftsprinzip machen zu müssen, eine Haltung, deren Begleit wir nicht begreifen können.

Die Regierung hat vor den wütenden Angriffen der Arbeitgeber auf den Lohn und die sozialen Leistungen kapituliert. Mit diesen Angriffen lassen sich die Unternehmer meiner Meinung nach nicht allein von wirtschaftlichen Erwägungen leiten, sondern es handelt sich dabei zum Teil um Angriffe auf die Gewerkschaften selbst. Daß der Gedanke einer Um-

wandlung der Wirtschaftsform von uns gefördert wird, verleitet die Unternehmer zu ihren verstärkten Angriffen auf die Gewerkschaften, und dabei kommt ihnen die gegenwärtige Wirtschaftskrise zu Hilfe. Unter solchen Umständen haben wir um so mehr Grund, die Angriffe nach Möglichkeit abzuwehren.

Zu der Frage der sozialen Einrichtungen übergehend, wies Spliedt auf die kommende Notverordnung hin, mit der die Regierung wiederum schwere Eingriffe in die Sozialversicherung beabsichtigt.

In der Invalidenversicherung klaffen Einnahmen und Ausgaben an Renten weit auseinander. Bereits für 1931 ergab sich ein Defizit von 220 Millionen Mark und für das laufende Jahr droht eine Unterbilanz von 400 Millionen Mark, wenn keine Neuordnung erfolgt. Die Zahl der Renten ist erheblich angewachsen, der einzelne Rentnerfall hat gegenwärtig eine Dauer von 3 1/4 Jahren. Dazu ist die Durchschnittsleistung pro Rentenfall und Monat erheblich gestiegen. Von 14 Mfr. vor dem Kriege auf 25 Mfr. im Jahre 1926, auf 33,77 Mfr. im Jahre 1929 und auf 36,83 Mfr. im vergangenen Jahre. Die Post zahlte monatlich 70 Millionen Mark an Renten aus, nimmt aber nur 50 Millionen Mark für Beitragsmarken ein. Die Differenz hat sie bisher kreditiert, erklärt nunmehr aber, das nicht länger tun zu können.

Die Arbeitslosenversicherung trägt sich augenblicklich zwar selbst, es wird aber wahrscheinlich eine Herabsetzung von 20 auf 13 Wochen kommen. Die so entstehenden Ueberflüsse sollen zur Finanzierung der Krisenfürsorge mitverwandt werden, und da-

6. Verbandstag des tschechischen Textilarbeiter-Verbandes

Während der Pfingstfeiertage fand der 6. Verbandstag des Brünnener Bruderverbandes in Prag im Gewerkschaftshaus statt. Es waren etwa 120 Delegierte anwesend. Von den Bruderorganisationen waren als Vertreter delegiert die Genossen Roscher, Reichenberg, Frühwirth, Wien, und Dressel, Berlin; von der Schweiz, Holland, Dänemark und Polen waren Begrüßungsschreiben eingegangen.

Den Bericht über die gesamte Organisation und ihre Tätigkeit erstattete der Sekretär des Brünnener Verbandes, Genosse Polach. Auch in der Tschechoslowakei drückt die steigende Arbeitslosigkeit schwer auf das Verbandsleben. Der Verband mußte große Aufwendungen machen, um die Arbeitslosen vor der äußersten Not zu schützen. 13 Millionen Kronen hat der Verband bei einer Gesamtmitgliedschaft von 30 000 Mitgliedern im Jahre 1931 an seine Mitglieder zurückgezahlt.

Polach erstattete dann noch ein Referat über die Wirtschaftskrise unter besonderer Berücksichtigung der Wirkungen auf die Arbeiterchaft in der Textilindustrie.

mit ist auch eine Entlastung der Gemeinden geplant. Die Bezugsdauer der Krisenfürsorge soll um die gleiche Zeit verlängert werden.

Zur amtlichen Schlichtungspolitik erklärt Spliedt, daß Stegerwald seine frühere Absicht, Zwangsmaßnahmen möglichst zu vermeiden, wieder aufgegeben hat. Wenn es dennoch Ende April nicht zu einer allgemeinen Verlängerung der Tarife gekommen ist, so liegt das an anderen Stellen der Reichsregierung, vor allem an dem Reichswirtschaftsministerium, hinter das sich die Unternehmer mit Erfolg gesteckt haben. Stegerwald hat übrigens kürzlich öffentlich erklärt, daß angesichts der großen Erwerbslosigkeit der Lohn nicht ohne Schutz bleiben könne, zumal die Regierung auch großen privaten Unternehmungen ihren Schutz angedeihen läßt.

Feinhals, der Leiter der Lohn- und Tarifabteilung unseres Verbandes, protestiert gegen den badi schen Schiedsspruch, der für die Textilarbeiter wiederum einen Lohnabbau vorsieht. Der Spruch dürfte nicht für verbindlich erklärt werden; denn mit dem Lohnabbau muß es jetzt endlich Schluß sein. Im übrigen ist es klar, daß wir in der nächsten Zeit wieder zu Tarifen kommen müssen. Einige andere Diskussionsredner unterziehen die Notverordnungs politik der Regierung einer scharfen Kritik.

Spliedt drückt in seinem Schlußwort die Auffassung dahin aus, daß wir am tiefsten Punkt der Wirtschaftskrise wahrscheinlich angelangt seien. Die Preise für wichtige Grundstoffe stehen so tief, daß sie in nicht fernere Zeit sicherlich wieder aufwärts gehen werden, was die wichtigste Voraussetzung für eine Ueberwindung der Krise bildet. Bis dahin gilt es, die Nerven zu behalten und dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaften schlagkräftig bleiben, dann können wir den kommenden Dingen getrost ins Auge sehen.

Der Verbandstag stand im Zeichen innerer Festigkeit. Auch die tschechische Textilarbeiterchaft ist gewillt, die Schwierigkeiten der Gegenwart mit mestern zu helfen.

Verschlechterung des deutschen Außenhandels

Der Ausfuhrüberfluß im deutschen Außenhandel hat sich im Monat April um mehr als 100 Millionen von 152 auf 45 Millionen Mark vermindert. Die Einfuhr ist seit langer Zeit zum erstenmal gestiegen, und zwar um 63 auf 427 Millionen Mark. Mengenmäßig ist die Zunahme noch höher. Die Zunahme wird allgemein als eine Reaktion auf die unverhältnismäßig starke Schrumpfung der Warenbezüge im Vormonat bezeichnet. Die Erhöhung der Einfuhr entfällt auf die Gruppen Lebensmittel und Rohstoffe. Bei letzteren ist die Einfuhr gestiegen von Wolle, Tabak, Mineralölen, Kupfer, Baumwolle usw. Die Gesamtausfuhr ist um 46 auf 472 Millionen Mark gesunken. Der Rückgang der Ausfuhr entfällt ausschließlich auf die Gruppe Fertigwaren, deren Ausfuhrwert um etwa 11 Proz. unter dem Stand des Vormonats liegt. Zurückgegangen ist die Ausfuhr hauptsächlich nach Großbritannien und Rußland. Die von England getroffenen Zollmaßnahmen finden hier ihren Niederschlag. Ein Ueberblick über den Außenhandel insgesamt zeigt wie außerordentlich die Schrumpfung erfolgt ist. Die gesamte Ein- und Ausfuhr von Waren macht etwa 900 Millionen Mark aus. Das ist etwa die Hälfte des Außenhandelsvolumens von 1930.

Folge ist, daß sie uns heute in zahlreichen und wichtigen Fällen keinen genügenden festen Halt mehr bieten. Mit unwiderstehlicher Macht dringt ein brutaler Egoismus in alle diese Nischen ein. So erscheint eine der ernstesten Aufgaben der Zeit darin zu bestehen, ein produktives sittliches Denken zur Fortbildung der bewährten Grundlagen unserer Sittlichkeit, entsprechend den Anforderungen einer neuen Zeit, zu entwickeln, damit wir in den wilden Brandungen der modernen wirtschaftlichen Kämpfe nicht mehr als hilfloses, steuerloses Boot umhertreiben und zerfallen.

Herfner trat schon vor dem Kriege für den Achtstundentag ein. Nach dem Kriege glaubte er sich gegen manche Forderungen einer weitverbreiteten Sozialpolitik wenden zu müssen. Seine Haltung war dabei immer vornehm, wie seine Gründe sachlich waren. In entscheidenden Augenblicken stand er stets auf der Seite des Fortschritts.

Die Arbeiterschaft wird in ihm immer einen Mann sehen, der in Zeiten, da es noch gefährlich war, sich für sie einzusetzen, ihr Wert fördern half, und sie wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Literatur

Wider den Nationalsozialismus. Dr. August Weber, M. d. R., Zwei mutige Reden. Dr. Rudolf Breitscheid, M. d. R., Eine Reichstagsrede. Herausgegeben im Voco-Verlag G. m. b. H., Berlin W. 30, Preis 50 Pf.

Eine Auseinandersetzung mit der Hitlerei. Es finden sich sehr schöne Formulierungen darin, wir glauben aber nicht, daß diese, im ganzen sehr maßvollen, beinahe höflichen Reden auf das Kropfzeug, mit dem sie sich beschäftigen, Eindruck machen werden. Gegenüber dem Nazigefühl hilft nur noch die entschlossene aufklarende Faust des Staates.

„Die Wirtschaft unter dem faschistischen Regime“ von Dr. Heinz Baechter. Umfang 24 S. Oktav. 20 Pf. E. Laubach Verlagshandlung G. m. b. H., Berlin W. 30.

Der Verfasser schildert an Hand der Praxis die Verwirklichung faschistischer „Ideen“ und gibt damit zugleich eine Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramm.

Nicht nur hat der italienische Faschismus den Rahmen des Kapitalismus keinen Moment verlassen, hat sogar nicht einmal die Aufgaben erfüllt, die das kapitalistische Wirtschaftssystem in jungen industriellen Ländern leisten kann. Die Großagrarier und die faschistische Hierarchie als wahre Herrscher des Landes beuten die gesamte Wirtschaft aus und zerstören alle entwicklungsfähigen Reime der jungen Industrie. Die Hölle der faschistischen Ausbeutung, die elende Lage der italienischen Arbeiterschaft werden in der Schrift geschildert. Die Märchen von der „Ordnung“, die Mussolini schuf, werden zerpflegt.

Schlank und gesund. Ein natürlicher Weg zur Beseitigung des heutigen Kulturfiechens (Körperfülle, Arterienverkalkung, Blutdrucksteigerung, chronische Verstopfung und ... Krebs) von Lisa Mar und Dr. med. Fr. Wolf mit 16 Bildern auf Kunstdrucktafeln, Preis nur 1,10 Mfr. Soeben erschienen die Neuauflage (16. bis 20. Tausend) im Süddeutschen Verlagshaus G. m. b. H., Stuttgart, Birkenwaldstr. 44.

Jeder moderne Mensch, der im heutigen Leben in Stadt und Zimmer beschäftigt ist, muß dieses preiswerte, klar geschriebene Büchlein, das den Extrakt langjähriger Erfahrung enthält, gelesen und befolgt haben.

So muß der Zuckertrankte leben! Herzliche Ratsschläge für die Lebensweise des Diabetikers. Mit Diätanweisungen nach modernen Grundsätzen für leichte, mittelschwere und schwere Fälle. Von Dr. med. H. Watten, leitender Arzt der Anstalt für Nerven- und Stoffwechselkrankheiten in Baden-Baden. Mit 16 Bildern (6.—10. Tausend) soeben erschienen im Süddeutschen Verlagshaus G. m. b. H., Stuttgart, Birkenwaldstr. 44. Preis nur 1,80 Mfr.

Von allen Erkrankungen verlangt die Zuckerkrankheit am notwendigsten eine gründliche Unterweisung und Aufklärung des Kranken über sein eigenes Leiden. So gefährlich ein schlecht oder ungenügend behandelter Diabetes ist, so günstige Aussichten bietet er, wenn der Kranke mit Verständnis die Verordnungen des fachkundigen Arztes durchführt.

Hier spricht ein Pionier auf diesem Gebiete, daher wird auch der erfahrene Zuckertrankte in diesen Kapiteln manches Neue und Wertvolle finden. Vor allem sind die neuesten Erkenntnisse über den Heilwert der Rohkost (vom gleichen Verfasser erschien im gleichen Verlag: „Durch Rohkost gesund werden“, Preis 1 Mfr., 34. Tausend) für den Diabetiker nützlich verwendbar.

Brüning zurückgetreten

Bei Abschluß der Redaktion trifft die Nachricht ein, daß Brüning zurückgetreten ist. Ob damit wirklich die Ära Brüning beendet ist, kann noch nicht gesagt werden. Wichtigkeit ist das Gebot der Stunde!

Bekanntmachungen des Vorstandes

Sonntag, 5. Juni, ist der Beitrag für die 23. Woche fällig

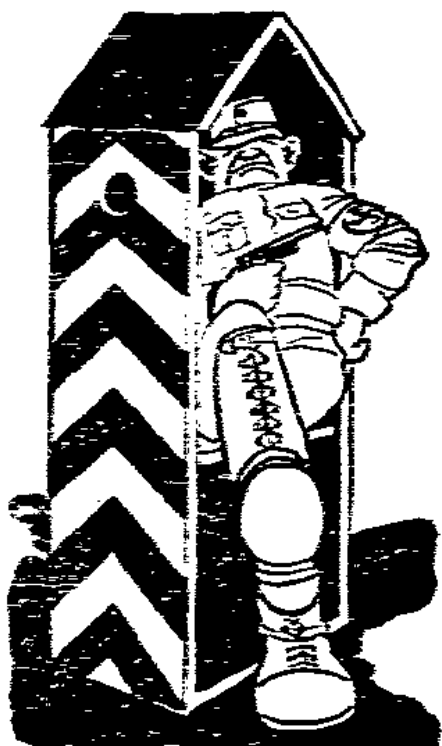
Verlorene Mitgliedsbücher

Die Ortsverwaltung Aachen teilt mit, daß das Mitgliedsbuch des Kollegen Heinrich Deden, Weber, geboren am 24. Januar 1904 in Aachen, eingetreten in den Verband am 24. März 1930, Mitglieds-Nr. B. 195 673, verlorengegangen ist. Das Mitgliedsbuch wird hiermit für ungültig erklärt, sollte es irgendwo vorgelegt werden, dann ist es sofort an den Hauptvorstand zu überweisen.

Die Ortsverwaltung Großschönau i. Sa. teilt uns mit, daß das Mitgliedsbuch für den Kollegen Erich Tischer, Webermeistergehilfe, geb. am 6. April 1913 in Großschönau, eingetreten in den Verband am 31. Februar 1930 in Großschönau, Mitgliedsnummer B. 144098, verlorengegangen ist. Das Mitgliedsbuch wird hiermit für ungültig erklärt. Sollte das Buch irgendwo vorgelegt werden, so ist es sofort dem Hauptvorstand zu übermitteln. Der Hauptvorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Dressel in Berlin. — Verlag: Karl Schöber, in Berlin, Riemer Str. 33. — Druck: Bornworts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer in Berlin.

Seht euch diesen Untermenschen an!



Jeder Groschen, den man auch vom Lohne abzog, wurde für die Aufrucht dieses Nazifaschisten verwendet. Unternehmer und Grundbesitzer sind die Schützer der Nazibewegung.

Ein Freund der Arbeiterschaft

In Berlin starb am Freitag, dem 27. Mai, Heinrich Herfner, Professor der Staatswissenschaften an der Berliner Universität, im Alter von 69 Jahren. Er war hervorragend auf dem Gebiete der Sozialpolitik tätig und widmete ihrer wissenschaftlichen Durchdringung seine ganze Kraft. 1894 veröffentlichte er sein Buch „Die Arbeiterfrage“, das zu einem Standardwerk werden sollte. Hier wurde zum erstenmal die moderne Arbeiterbewegung in umfassender Weise gewürdigt, und als nicht wegzudenkender Faktor innerhalb unseres Wirtschaftslebens anerkannt. In seiner Polemik mit dem Generalsekretär des Arbeitgeberverbandes der Saarindustrie, A. Tille, hob er hervor, daß es nicht nur einen proletarischen, sondern auch einen kapitalistischen Anarchismus gäbe. Und die Notwendigkeit einer sozialen Reform begründete er wie folgt:

„Unsere heutigen Gebote sind auf einer unendlich einfachen Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung geprägt worden. Die notwendige

GESUNDES VOLK

Wochenende und Volksgesundheit

Ein Werk der Arbeiterbewegung

Prof. Dr. v. Drigalski, Stadtmedizinalrat von Berlin, hielt anlässlich der Eröffnung der Berliner Ausstellung „Sonne, Luft und Haus für alle“ eine Ansprache, in deren Verlauf er folgendes ausführte: „In Deutschland ist ein Wochenende nach englischem Muster erst vor wenigen Jahren Brauch geworden. Die Bevölkerung hat erst seit etwa 12 Jahren mit einem ungeheuren Schwünge Lebens- und Erholungsgewohnheiten angenommen, die sich meist in erfreulichster Weise vor aller Augen am Wochenende beobachten lassen. Die außerordentliche Ausbreitung der Turn- und Sportbewegung hat auch unsere Leute seit dem Kriege von klein auf ins Freie und von Jugend auf auf den grünen Rasen gebracht. Das Wertwürdigste ist, daß diese gewaltige Bewegung in der schlechtesten wirtschaftlichen Zeit einsetzte, die seit 100 Jahren unser Volk kennengelernt hat. Die allgemeine Volksgesundheit hat sich wesentlich gehoben. Die Sterblichkeit an Tuberkulose betrug auf je 10 000 Lebende 1913: 18,4, 1920: 17,9 und 1930: 9,4. Die Säuglingssterblichkeit ist auf ein Drittel jener im 1900 zurückgegangen. Die Fleischsucht der Mädchen und Frauen, vor dem Kriege ein allzu häufiges Leiden, ist so gut wie verschwunden. Die Rachitis ist im Schwinden begriffen. Die Widerstandsfähigkeit aller Menschen ist offenbar stärker geworden.“

Diese Feststellungen sind nicht zu bestreiten. Die Arbeiterbewegung hat an der gebesserten Volksgesundheit einen großen Anteil. Ohne die Verkürzung der Arbeitszeit wäre eine Wochenenderholung unmöglich. Und wenn sie sich in schwierigster Zeit durchzusetzen vermochte, dann hat sich ein gewerkschaftlicher Erfolg kulturell sehr schnell niedergeschlagen.

Folgen der Wirtschaftskrise

Verschlechterung des Gesundheitszustandes

In einer Sitzung der Finanzabteilung des städtischen Gesundheitsamtes machte der Leiter Dr. G. P. a. r., Mitteilungen über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung.

Die im Jahre 1931 abgehaltenen Impfungen lassen eine Zunahme gewisser Schwachzustände bei Säuglingen und kleinen Kindern erkennen. Die Fälle schwerer Rachitis haben zugenommen, auch beginnt die Säuglingssterblichkeit, die bis zum Jahre 1928 dauernd zurückgegangen ist, wieder zuzunehmen. Die schulärztlichen Untersuchungen zeigen ähnliche Wahrnehmungen. 1928 wurden unter 100 zurückgestellten Kindern 67 wegen allgemeiner Schwäche, 1,3 wegen Tuberkulose und 33,7 wegen anderer Krankheiten zurückgestellt. 1932 wurden wegen allgemeiner Schwäche 86,7 Proz., wegen Tuberkulose 3,8 Proz. und wegen anderer Krank-

Bedeutung der Gewerbehygiene

Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene hatte es sich zum Ziel gesetzt, dieses bedeutsame Problem von Fachleuten erörtern zu lassen. Die Veranstaltung fand am 12. Mai in Berlin unter dem Vorsitz von Dr. Artur v. Weinberg, Frankfurt a. M. statt. Der Vorsitzende gab auch einen Bericht über die Tätigkeit der Gesellschaft im letzten Jahre. Von den zahlreich erschienenen Behördenvertretern sprach Staatssekretär Dr. Geib. Das Hauptreferat hielt der Leiter der bayrischen Gewerbeaufsicht, Ministerialrat K l e b e.

Der Referent ging von dem Wert der menschlichen Arbeitskraft für die Volkswirtschaft aus. Es sind vielfach Schätzungen angestellt worden, wie hoch sich kapitalmäßig der Wert eines in der Wirtschaft voll verwendungsfähigen Menschen stellt. Ein 15jähriger junger Mensch, der seine Tätigkeit als Ungelernter oder Ungelernter ausübt, wird mit einem Kapitalwert von ungefähr 10 000 M. geschätzt. Ein leistungsfähiger gelernter Arbeiter von etwa 30 Jahren muß mit 15 bis 20 000 M. bewertet werden. Bei entsprechender Ausbildung und Fortbildung steigt der Wert eines Menschen. Französische Forscher sind zu einer Schätzung von 30 000 M. gekommen. In den Vereinigten Staaten kam man auf 17 000 Dollar und in der Schweiz auf 60 000 schw. Fr. Aus diesen Zahlen ist zu ersehen, welcher hohen kapitalmäßigen Wert die menschliche Arbeitskraft für die Volkswirtschaft darstellt. Die Gewerbehygiene, die Verhütung von Unfällen und die Erhaltung der vollen Leistungsfähigkeit sind deshalb von eminenter Wichtigkeit.

heiten 9,5 Proz. zurückgestellt. Der Ernährungszustand der männlichen Schüler war 1929 bei 40,4 Proz. gut, 1930 aber nur bei 39,4 Proz. und 1931 nur bei 36,3 Proz. Die Tuberkulose-Fürsorge stellte zeigte in den letzten Monaten eine gesteigerte Zunahme der Fälle mit offener Tuberkulose bei gleichbleibender Zahl der Untersuchungen. Die Widerstandsfähigkeit des Körpers bei zahlreichen Menschen beginnt also nachzulassen. Wichtig in diesem Zusammenhang ist, daß die Landesversicherungsanstalt und das Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose die gleichen Erfahrungen einer Verschlechterung gemacht haben. Diese Erscheinung beschränkt sich also nicht nur auf Stuttgart, sondern kann in ganz Deutschland als wirksam gelten, und man kann sie ohne weiteres mit der Wirtschaftskrise in Zusammenhang bringen.

Durch zahlreiche Lichtbilder unterstützt, zeigte der Referent die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Erfolge der Unfallversicherung, die Einwirkung der Beleuchtung und Lüftung der Arbeitsräume auf die Gesundheit und Unfallhäufigkeit und was dergl. Fragen mehr sind. Sehr interessant waren die Darlegungen des Referenten bezüglich der Befruchtung von Technik und Wirtschaft durch den Arbeiterschutz.

Eine farblose Rede hielt als Vertreter der Unternehmer Dr. v. Bonin von den Siemenswerken. Er betonte die positive Einstellung der Unternehmer zur Sozialpolitik und damit auch zur Gewerbehygiene. (Daß diese Einstellung manchmal auch sehr zweifelhaft ist, haben die Erfahrungen mannigfach gezeigt.) Im übrigen bot die Rede des Unternehmervertreters wenig Beachtenswertes.

Als Gewerkschaftsvertreter sprach der Kollege Haupt vom Fabrikarbeiter-Verband. Er begann mit der Feststellung, daß die Arbeiter wesentlich anders zur Gewerbehygiene eingestellt sind als die Wissenschaftler und die Unternehmer. Sie sind das Objekt der Gewerbehygiene. Als Subjekt kamen sie in der Vorkriegszeit überhaupt nicht in Frage und in der Nachkriegszeit in verhältnismäßig begrenztem Umfange. Die Arbeitererschaft begrüßt die Tätigkeit der Gesellschaft für Gewerbehygiene wie jede Institution, deren Zweck und Ziel darauf gerichtet ist, das menschliche Leben vor den Gefahren der Arbeit zu schützen und erträglicher zu gestalten. Die Unfälle und Berufskrankheiten bedeuten einen wirtschaftlichen Schaden nicht nur für die dadurch betroffenen Arbeiter, sondern auch für die Volkswirtschaft. Deshalb muß die Verbesserung des Arbeitsschutzes mit allen Mitteln fortgesetzt werden, nicht zuletzt im Interesse

der weiteren Hebung der Wirtschaftlichkeit.

Das Schlussreferat erstattete Prof. Dr. von Z w i e d i n e d - S ü d e n h o r s t, München. Er setzte sich für die Gewerbehygiene ein, betonte aber zu gleicher Zeit, daß sie die Rentabilität des Betriebes nicht beeinträchtigen darf.

In der folgenden Aussprache nahmen einige Gewerkschaftsvertreter die Gelegenheit wahr, bestimmte Notwendigkeiten aus dem Bereiche des Arbeiterschutzes und der Gewerbehygiene besonders herauszustellen und zu betonen. Alles in allem: Die Tagung hat ihre Notwendigkeit bewiesen. Es kann nicht deutlich genug betont werden, daß der Mensch das höchste Gut der Wirtschaft ist und der Schutz der Arbeitskraft am Anfang jeder Disposition stehen muß. Aber bei alledem soll der Arbeiter nicht allein Objekt sein, sondern als Subjekt weitgehend sein Mitbestimmungsrecht ausüben können.

BERICHTE AUS FACHKREISEN

Neustadt / Schönwalde (O.-S.)

Zusammen- Am 4. Mai fand im Volks- legung mit haus zu Neustadt und am 8. Mai in Schönwalde die Breslau erste Mitgliederversammlung statt seit der Zusammenlegung der Filiale mit der Bezirksfiliale Breslau. Der Geschäftsführer Kollege G ü t t l e r, Breslau, schilderte zunächst die Ursache, warum nun die Zusammenlegung mit Breslau erfolgt sei. Die plötzliche Erkrankung des bisherigen Geschäftsführers Kollegen W e i ß erforderte eine sofortige Zusammenlegung mit einer anderen Filiale. Der Plan, der der Versammlung vorgelegt wurde, wurde einstimmig gutgeheißen und fand Zustimmung, daß jedes Mitglied seine Pflicht zu tun hat, vor allem sämtliche Funktionen. Dann dürfte uns auch um die Zukunft nicht bange sein. Er schilderte dann noch, daß im ganzen Reich die Unternehmer zum Angriff übergehen und auch Schlesien nicht davon verschont haben bei der Kündigung der Manteltarife. Trotzdem keine Abänderungsvorschläge eingebracht wurden, ist aus den bisherigen Verhandlungen ersichtlich, daß es den Unternehmern ganz besonders auf den bezahlten Urlaub ankommt. Die Haltung und den Ausbau des bestehenden Tarifrechts sichern aber wird die starke Organisation, und muß es daher besondere Pflicht jeder einzelnen Vertrauensperson sein, den Unorganisierten zu sagen, daß sie in den Deutschen Textilarbeiter-Verband eintreten müssen, wenn sie nicht elendig zugrunde gehen wollen. Die Leistungen des Verbandes sind ungeheuer in der jetzt schweren Krisenzeit. Ganz besonders zu beachten ist noch die ab 1. Januar 1932 in Kraft getretene Invalidenunterstützung.

Notizen

Geographie und Wirtschaft

Wir kommen immer mehr davon ab, als Geographie, Erdkunde, nur die Kenntnis der Namen von Städten, Gebirgen und Flüssen anzusehen. Hier kommt die Erkenntnis der Bedeutung der wirtschaftlichen Zusammenhänge immer mehr zum Ausdruck, und ein neuer geographischer Atlas bringt Bilder der wirtschaftlichen Eigenarten der Länder zur Charakteristik des geographischen Landes.

Da sehen wir, wie groß doch die größten Wasserfälle der Erde, die „Großen Fälle“ in Labrador, 610 Meter Fallhöhe haben sie. Denkt euch einmal den Kölner Dom aufeinander, dann habt ihr diese Fallhöhe. Und daß Belgien mehr Bier trinkt als Deutschland (190 Liter im Jahre gegen 100 in Deutschland), und daß Neuseeland das zweitgrößte Lutter- und Käseausfuhrgebiet der Erde ist, das erfährt man aus dem Atlas.

Und betrachtet man dann nachher die Karte des Landes, dann sieht sich alles anders an.

Entnahme der weiblichen Angestellten

Der Anteil der weiblichen Angestellten hat sich nach einer Statistik der Angestelltenversicherung ständig erhöht. Er betrug 1912 30,6 Proz., 1928 40,6 Proz. und Anfang 1930 42,5 Proz. Wenn auch in dieser Entwicklung seit etwa einem Jahr eine Stöckung zu bemerken ist, so wird das weibliche Element unter den Angestellten auch ferner noch einen starken Anteil haben.

Rückgang der Lehrlinge

Der Bericht des Hamburger Ortsausschusses des DDB. enthält ziffernmäßige Angaben über die Zahl der Lehrlinge in bestimmten Berufen. Die Jahre 1924, 1928 und 1931 werden gegenübergestellt. Es zeigt sich, daß die Zahl der Schlosserlehrlinge im Maschinenbau sich gegenüber 1924 um mehr als 60 Proz. vermindert hat. Eine starke Zunahme der Lehrlinge war zu verzeichnen bei den Friseurern, Friseurinnen, Kellnern, Maurern, Klempnern usw. Die Zahl der Tischlerlehrlinge hat sich seit 1928 von 1224 auf 872 verringert. Auch in den übrigen Berufen ist ein starker Rückgang zu verzeichnen.

Neue Literatur

Stätten und Formen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit. Heft 2:

„Zehn Jahre gewerkschaftliche Bildungsarbeit in Berlin“ von Fritz Friede. 111 Seiten. Berlin 1932. Preis 2,20 M., Organisationspreis 1,50 M.

In der Schriftenreihe des Bundesvorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über Stätten und Formen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit ist nach der Darstellung der Tätigkeit des freigewerkschaftlichen Seminars in Köln am Rhein ein weiteres Heft über die Berliner Gewerkschaftsschule erschienen. Diese Arbeit verdient nicht nur in sozialpädagogischer Beziehung eine besondere Beachtung. Die Geschichte der Berliner Gewerkschaftsschule ist zugleich ein nicht unwesentliches Kapitel in der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung.

Was ist mir die Sozialversicherung? Von Friedrich Schulze. Verlag Soziale Gemeinschaft, Düsseldorf. Postfach 174. Preis 60 Pf.

Es ist erstaunlich, daß es überhaupt möglich war, das umfangreiche Gebiet der Sozialversicherung auf verhältnismäßig engem Raum klar und

verständlich und für die Bedürfnisse des Laien gedacht darzustellen. Stets wird der Laie die für ihn wichtige Aufklärung über seine Pflichten und seine berechtigten Ansprüche erfahren können.

In der Fortbildungsschriftenreihe für das Personal der Arbeitsämter ist im Verlag des Zentralverbandes der Angestellten (Otto Urban), Berlin SO 36, Oranienstraße 40/41, das 4. Heft erschienen. Rudolf Jonas-Berlin schreibt über „Die Grundlagen der werkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge“.

Der Verfasser geht von der Erkenntnis aus, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Arbeitsvermittlung geschieht, daß darüber hinaus aber noch weitere Maßnahmen notwendig sind. Als eine solche ist die werkschaftliche Arbeitslosenfürsorge zu betrachten. Ihre rechtliche Grundlage ist im § 139 ABGB. erfolgt. Dieser Paragraph dient als Grundlage für die weitere Behandlung des Problems in der genannten Schrift. Der Preis beträgt für die Mitglieder des DDB. 0,90 M., für Nichtmitglieder 1,50 M. (Umfang 64 Seiten).

Diät und Lebensweise für Herzranke. Neuezeitliche Wege zur wirksamen Behandlung chronischer Herzleiden (Herzneurosen, Herzmuskelchwäche, Krankheiten der Herzkranzarterien, Herzvergrößerung, Klappenfehler usw.). Ein praktischer Führer zur Wiederherstellung und Erhaltung der Herzkräft, Arbeitsfähigkeit und Lebensfreude für den Herzranke. Von Dr. med. H. Maltens, leitender Arzt von Dr. Maltens Institut für Nerven- und Stoffwechselkrankheiten, Faden-Baden. Mit Bildern. Soeben erschienen im Süddeutschen Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Stuttgart, Birkenwaldstraße 44. Preis nur 2 M.

Die Mehrzahl aller Herzkrankheiten sind ausgesprochen chronische Leiden. Deshalb genügt die eigentliche Heilbehandlung nicht. Vielmehr der Herzranke danach sich selbst überlassen, so tritt sehr oft in kurzer Zeit wieder ein Nachlassen der Herzkräft ein, weil die gewöhnliche Lebensweise

des Gesunden dem Zustande des Herzens keine Rechnung trägt. Auch mit allgemeiner „Schonung“ ist dem Kranken nicht gedient. Was er braucht, ist vielmehr eine umfassende und erschöpfende Anleitung zu zweckmäßiger Lebensgestaltung und Gesundheitspflege, ein „Lebensführer“, der ihn belehrt, wie er Arbeit, Erholung, Ruhe, Bewegung und Diät einstellen muß, um die Herzkräft zu erhalten und zu mehren. Dieser Notwendigkeit trägt dieses neue Buch von Dr. Maltens Rechnung.

Mit 40 Jahren immer jünger werden. Die natürlichen Verjüngungsmittel für Mann und Frau, von Lisa Mar, Fritz Bahro und Dr. med. H. Balzli. Mit 16 Bildern auf Kunstdrucktafeln. Preis nur 1,10 M. Soeben erschien die Neuauflage, das 11. bis 15. Tausend, im Süddeutschen Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Stuttgart, Birkenwaldstraße 44.

Die Meinung, daß der Mensch von 40 Jahren unbrauchbar zu werden beginnt, ist ein Vorurteil. Nach dem Willen der Natur soll der Beginn des 5. Jahrzehnts den Menschen auf dem Höhepunkt seiner Lebensbahn finden. Sehen wir uns aber die Menschen von heute an, so sind sie meist im Alter der Blüte verfallen und vorzeitig verbraucht. Hier steht nun die vielseitige praktische Schrift ein. Sie lehrt sichere Vorbeugung gegen vorzeitiges Altern, gegen unerwünschten Verfall und krankhaften Lebensüberdruß. Es sind einfache Ratsschläge, die jeder befolgen kann, die aber bedeutend wertvoller und zuverlässiger sind als die teuren „Verjüngungsmittel“ der Industrie oder der Chirurgie.

Krampfadern und Hämorrhoiden. Sichere und unbedenkliche Dauerheilung. Von Dr. med. Hope. Preis 1,80 M. Bruno-Witkows-Verlag in Hannover.

Es gibt wohl nur wenige Krankheiten, die immer wieder solche unerträgliche Schmerzen bereiten können, wie Krampfadern und Hämorrhoiden. Das verständliche Buch gibt wertvolle Ratsschläge über Vorbeugung, richtige Lebensweise und Heilung.

UNTERHALTUNG UND WISSEN



Die Geschichte eines amerikanischen Seemanns : : Copyright by Büchergilde Gutenberg, Berlin
Illustriert von Georg Wilke

(22. Fortsetzung)

„Sehen Sie, Herr Kommandeur, nun kommt bald der Winter, und ich habe kein Feuerungsmaterial angespart. Da habe ich denn gedacht, ich gehe besser beiseiten nach Spanien, da ist es auch im Winter schon warm, und da braucht man kein Feuerungsmaterial, da kann man sich ruhig in die Sonne setzen und den ganzen Tag Apfelsinen und Weintrauben essen. Die wachsen da ja wild im Chausseegraben, man braucht sie nur abzupflücken, und die Leute sind froh, wenn man sie abpflückt, weil das für die Spanier nur Unkraut ist, das sie nicht haben wollen.“

„Also nach Spanien wollen Sie?“

„Wollte ich. Jetzt geht es ja nicht mehr.“

„Warum?“

„Weil ich doch erschossen werde.“

„Wenn ich Sie jetzt nicht erschleßen lasse und Ihnen sage, Sie gehen auf dem schnellsten Wege zurück nach Deutschland, und Sie können frei gehen unter der Bedingung, daß Sie sofort nach Deutschland zurückkehren, würden Sie mir das versprechen?“

„Nein.“

„Nein?“ Er sah den Leutnant merkwürdig an.

„Nieber erschießen. Nach Deutschland gehe ich nicht. Ich bezahle keine Schulden mit. Aber davon abgesehen. Ich habe mir vorgenommen, daß ich nach Spanien gehen will, und ich gehe nach Spanien und nirgendwoanders hin. Wenn ich wohin gehen will, gehe ich dahin. Wenn ich erschossen werde, kann ich nicht hingehen. Spanien oder den Tod. Nun können Sie mit mir machen, was Sie wollen.“

Nun lachte der Kommandant, und auch der Leutnant lachte. Und der Kommandant sagte lachend: „Lieber Junge, das hat Sie gerettet. Ich will Ihnen nicht sagen, warum, damit es nicht mißbraucht wird. Aber Sie haben mich davon überzeugt, daß ich Sie freilassen darf, ohne daß ich meine Pflicht verleihe. Was sagen Sie, Leutnant?“

„Ich halte die Auffassung des Herrn Kommandanten für die allein richtige, und ich finde nichts, was mein Gewissen oder meine Ehre belasten könnte.“

Der Kommandant sagte nun: „Sie werden sofort unter Bedeckung zur Grenze gebracht und der spanischen Grenzwehr übergeben. Ich brauche Sie



Der Mann mit aufgeklapptem Gewehr —

nicht mehr nach ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn Sie je wieder hier in der Nähe, auch wenn es nicht auf rein militärischem Gebiet zu geschehen werden sollten, daß dann keine Frage mehr besteht, in welcher Form ich Sie sofort innerhalb der nächsten zwei Stunden nach dem Gefallen erschossen habe. Sie genau verstanden, was ich damit meine?“

„Dank, Herr Kommandant.“

„Gut, das ist alles. Sie gehen sofort.“

Ich blieb aber stehen und wartete auf einen Fuß auf den Boden.

„Nach was?“ fragte der Kommandant.

„Dah ist eine Frage an den Herrn Leutnant.“

Nicht nur der Kommandant schien zu erröten, sondern auch der Leutnant. Der Kommandant warf einen Blick auf den Leutnant, als ob er ihn schon vor dem Aufgeklappen kenne. Er vermutete

richtig: der Leutnant war in der Tat im Bunde mit mir.

„Bitte, richten Sie Ihre Frage an den Herrn Leutnant.“

„Verzeihen der Herr Leutnant, ich habe noch nicht gefragt.“

Der Kommandant und der Leutnant plachten in ein schallendes Gelächter aus, und der Kommandant brüllte rüber zum Leutnant: „Nun ist wohl kein Zweifel mehr, daß der Mann unverdächtig ist.“

„Der Zweifel war mir schon gestern geschwunden“, sagte der Leutnant, „als ich ihn fragte, ob er Hunger habe.“

„Gut, Sie sollen auch ein Frühstück haben“, sagte der Kommandant noch immer lachend.

Aber ich hatte noch etwas auf dem Herzen.

„Herr Leutnant, da es doch schon mein letztes Essen, mein Abschiedessen ist, darf ich um Offiziersfrühstück, Doppelportion, bitten? Ich möchte doch das Fort so gern in einem recht guten Andenken behalten.“

Der Kommandant und der Leutnant brüllten vor Lachen, daß das ganze Fort zu erzittern schien.

Und unter seinem bärenhaften Lachen schrie der Kommandant die Worte hervor, die er nur mäh-

lig in Reihe halten konnte, weil sie immer wieder von seinem schreienden, brüllenden Lachen abgehackt wurde: „Das ist der echte verhungerte Bock, wenn er schon am Erlaufen ist, wenn ihm schon der Strick um den Hals gelegt ist, will er erst noch essen und noch mal essen. Diese verfluchte Teufelsbrut kriegen wir nie unter.“

Ich hoffe, daß die Bockes für diese gute Meinung, die ich zwei französischen Offizieren über sie eingebläht habe, mir ein anständiges Denkmal errichten werden. Nur nicht in der Siegesallee, dann lieber nicht. Da würde ich den schlechten Geschmack im Munde nie los, und unzulängliche Revolutionen würden mir als Gespenster erscheinen.

16.

Zwei Mann mit aufgeklapptem Seitengewehr begleiteten mich. So wanderte ich in das sonnige Spanien ein. Mit allen militärischen Ehren. Die Soldaten brachten mich zur Grenzwehr, und dort wurde ich den spanischen Grenzbeamten übergeben.

„Papiere hat er keine“, sagte der mich begleitende Korporal. — „Es aleman?“ fragte der Spanier.

„Si senyor“, sagte ich. „Seien Sie willkommen!“ antwortete darauf der Spanier, und zu dem Korporal sagte er, es sei gut, er würde mich hier behalten. Der Korporal sah nach seiner Uhr und schrieb dann etwas auf einen Rapportzettel. Dann machten die beiden Soldaten kehrt und zogen ab. — „Good-bye, France!“

Die Grenze Frankreichs entschwand meinen Blicken.

Der spanische Beamte schleppte mich nun gleich in die Wachtstube, wo ich von allen Beamten sofort umringt wurde, die mir alle die Hand schüttelten und mich umarmten. Einer wollte mich sogar auf die Backen küssen. „Mach Krieg mit dem Amerikaner, und du findest keinen bessern Freund auf der ganzen Erde als den Spanier!“ hätten

sie gewußt, wer ich bin, daß ich ihnen Kuba und die Philippinen abgenommen und manches andere zugefügt habe, würden sie mich zwar nicht erschlagen und sie würden mich auch nicht zurückgeschickt haben in jenes Fleckchen, wo ich mich nie wieder sehen lassen durfte, aber sie wären küßig gewesen wie nasse Backen und gleichgültig wie altes Bettstroh.

Erst trugte ich einmal Wein eingeschenkt, dann gab es Eier und fetten Käse. Dann gab es zu rauchen und wieder Wein zu trinken und wieder Käse, und dann wurde mir gesagt, nun gäbe es bald Mittagessen. Die Beamten, die draußen im Dienst waren, kamen nach und nach herein. Und nun ging keiner mehr hinaus. Ganze Schmutzträger hätten jetzt kommen können, das wäre ihnen ganz gleichgültig gewesen. Hier war ein Deutscher, und dem hatte man zu zeigen, was man vor



Der spanische Beamte —

Deutschland und den Deutschen dachte. Und um das auch ganz genau zu zeigen, wurde ihm zu Ehren aller Dienst eingestellt.

(Fortsetzung folgt.)

Eine Quelle des Wissens

Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens

Es gab einmal eine Zeit — sie liegt noch nicht allzuweit zurück —, da mußte man, wollte man etwas über die Theorie und auch über praktische Fragen der Gewerkschaften sich näher orientieren, sich die Literatur mühsam zusammensuchen. Es gab zwar einige Spezialwerke darüber, aber sie behandelten meist nur bestimmte Richtungen oder einzelne Fragen. Und gerade wenn man eine bestimmte Auskunft brauchte, etwa den Jahrestag einer Verbandsgründung oder nähere Daten über eine bestimmte im Gewerkschaftsleben stehende Persönlichkeit, so wurde uns die Auskunft verweigert. In neuerer Zeit ist, da die Bedeutung der Gewerkschaften gewachsen ist, da sie einen unbestrittenen Faktor im öffentlichen Leben bedeuten, sehr viel über sie geschrieben worden. Die Wissenschaft hat sich dieses höchst interessanten Gegenstandes angenommen und ihn in allen seinen Beziehungen, die ihm sowohl mit der Einzelpersonlichkeit wie auch mit der Gesamtheit: ertüpfeln, unterzucht. Die Tagespresse berichtet ständig, namentlich wenn entscheidende Fragen wirtschaftlicher oder politischer Art auf der Tagesordnung stehen, über die Stellungnahme der Gewerkschaften. Lebenslang läßt sich das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus nicht ohne Gewerkschaften denken.

Das von Ludwig Hegde, Anton Erlelenz, Johann Sassenbach, Adam Stegerwald, Albert Thomas, Nord Paffield (Sidney Webb) herausgegebene Internationale Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, das im Verlag Bert und Wirtschaft, Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin SW 43, erscheint, enthält das Wissen über diese gewaltige Bewegung, die über die einzelnen Landesgrenzen hinausreicht, und die Welt überspannt, in konzentrierter Form. Vor uns liegen bereits sechs Lieferungen, aus denen man tatsächlich, wie die Herausgeber in der Vorbemerkung der ersten Lieferung sagen, „ein Bild von den Zusammenhängen zwischen den soziologischen und ökonomischen Problemen des Gewerkschaftswesens und den wichtigsten Erscheinungen der Politik, Wirtschaft und Kultur erlangen kann“. Das wahrhaft Neue, das dieses „Gewerkschafts-Wörterbuch“ geben will, ist, daß es dem Benutzer mög-

lich sein soll, „sich schnell und gründlich aus dem knapp gefaßten, alphabetisch angeordneten Artikel über alle Fragen der gewerkschaftlichen Praxis zu informieren, den Stand der Theorie kennenzulernen und die wichtigsten Tatsachen der Umwelt auf die Gewerkschaften zu beziehen“. Aus der Fülle des Wissensstoffes, den z. B. die erste Lieferung bietet, zitieren wir einige Stichwörter: Achtstundentag, Anarchismus, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Arbeiterausschüsse, Arbeiterschutz und Arbeiterschuttpolitik, Arbeiterversicherung, Arbeitgeberverbände, Arbeitskämpfe, Arbeitsrecht, Aussperrungen, Beamtenbewegung, Berufsausbildung, Betriebsräte, Bildungsbestrebungen. Daneben laufen aber auch noch eine Anzahl biographischer Artikel, welche bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die in irgendeiner Beziehung entweder direkt mit der Gewerkschaftsbewegung stehen, oder die auf dem weiteren Gebiete der Sozialpolitik bekannt sind, beschreiben.

Eine ebensosehr verwirrende Fülle von Artikeln und Notizen finden wir dann in den folgenden Lieferungen. Interessiert es uns, etwas über den Begriff des „Bontotts“ nachzulesen, so schildert uns Prof. Karl Pribram auf nahezu zwei Spalten Ursprung und Bedeutung dieses bekannten Wortes, das im Namen eines irischen Gutsherrn seinen Ursprung hat, der in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts der Achtung verfiel. Heute versteht man ganz allgemein unter Bontott „die auf der Verabredung von Privatpersonen beruhende Achtung bestimmter Personen durch wirtschaftliche Mittel“.

Auch maßgebende Führer unserer eigenen Bewegung, der Textilarbeiterbewegung, haben Biographien erhalten. So schilderten uns die Kollegen Hugo Rödel und Hugo Dressel in knappen Strichen Leben und Tätigkeit von Hermann Jäckel und des noch amtierenden Vorstehenden Karl Schrader.

Durchblättert man die einzelnen Lieferungen, so wird einem erst gewiß, daß wir in einem Zeitalter der Organisation leben, in einer Epoche, die sich einem vollständigen Kollektivismus, einem Gemeinschaftsleben zuzuwenden beginnt.

Eine Unmenge Berufsparten, deren Mitglieder sich zusammengeschlossen haben, um ihre Existenzbedingungen zu verbessern, ziehen an uns vorüber. Jede dieser Gruppen trägt charakteristische Züge, die Umstände wechseln, die zum Zusammenschluß geführt haben, die Grundlage bleibt immer dieselbe: gemeinsamer Kampf um den Lohn, um Verkürzung der Arbeitszeit, um Anerkennung ihrer Organisation als gleichberechtigter Partner neben dem Gegenkontrahenten in der Wirtschaft, dem Unternehmer. Der Lohnarbeiter, der Proletarier, ganz gleich, ob er eine Arbeitsbluse oder einen Steg tragen trägt, ist zu einer Macht geworden, die heute, wie wir schon betonten, im öffentlichen Leben an erster Stelle steht. Uebrigens auch über den Begriff Proletariat und Bourgeoisie gibt uns das Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens eine klare Auskunft. Einer der bekanntesten Vertreter der Wirtschaftswissenschaften, Werner Sombart, zeigt die Wurzel des Ausdrucks Proletariat, die wir im lateinischen finden, welche Sprache das Wort Proletarier als Hauptwort und Beiwort kennt. „Proletarius war der Mann, der nur Nachkomme (Proles) hat, das heißt genauer: der keine Grundbesitz hat. Dem Proletarius steht der Assiduous, der Anständige, gegenüber. Als Servius Tullius die Bevölkerung Roms in sieben „Classes“ teilte, bildeten die letzte Klasse die Proletarii. Dadurch bekam dieses Wort die Bedeutung eines Menschen, der dem Staate nur mit Nachkommen, nicht auch mit Vermögen diene... Das Wort Proletariat ist dann während des Mittelalters und der Neuzeit in verschiedenem Sinne gebraucht worden.“

Mit dieser Probe wollen wir unsere Besprechung abschließen. Wir können nur noch dem Wunsche Ausdruck geben, daß keine Gewerkschafts- und Parteibibliothek, aber auch keine öffentliche Bibliothek die Anschaffung dieses umfassenden Werkes unterlassen sollte. Es füllt eine Lücke in der Literatur aus, die wir bisher immer schmerzlich empfunden haben.

Aus Seumes „Apokryphen“.

Gleichheit ist immer der Probestein der Gerechtigkeit, und beide machen das Wesen der Freiheit.

Demut und die mit ihr verwandte Geduld sind Eselstugenden, die die Spitzköpfe den Plattköpfen gar zu gern einprägen.